

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 26.11.2013
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Barbara Büscher Stadtlohn

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Arno Berning	Raesfeld	
Uwe Fleischhauer	Legden	Vertretung für Herrn Herbert Krause
Martin Huesmann	Ahaus	
Günter Kendzierski	Gronau	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	Vertretung für Herrn Gerhard Ludwig
Manfred Mäteling	Isselburg	
Reimar Ohström	Gronau	
Stephanie Pohl	Gescher	
Dr. Heinrich Render	Ahaus	Vertretung für Frau Dr. Mariele Averkamp
Uta Röhrmann	Bocholt	
Peter Schemitzek	Gronau	
Silke Sommers	Bocholt	
Andreas Wethmar	Vreden	Vertretung für Herrn Josef Leinen (bis TOP 8.2)

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Ansgar Hörster
Norbert Nießing
Annette Scherwinski
Dr. Gerhard Ettliger
Matthias Krügel
Reinhild Wantia
Regina Kasteleiner
Jürgen Bietenbeck

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Büscher eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Punkt 1: Erfahrungsbericht und Weiterführung des Praxismonat Allgemeinmedizin des Kreises Borken
Vorlage: 0266/2013

Berichterstatterin:

Frau Scherwinski

Frau Scherwinski berichtet über die Erfahrungen zu dem im Rahmen der Aktion „Hand auf Herz ... bist Du nicht doch ein Landei?“ durchgeführten Projekt „Praxismonat Allgemeinmedizin“.

Festzustellen sei, dass der Kreis Borken hierdurch als lebens- und liebenswerte Region bei angehenden Medizinerinnen bekannt geworden sei. Erfolgreich sei insbesondere die Werbung in den sozialen Netzwerken durch die Absolventen des Projektes.

Der Praxismonat habe sich als äußerst erfolgreiches Modell mit beachtlicher Medienwirkung herausgestellt. So hätten bereits andere Kreise ihr Interesse an Projektinformationen und Wissenstransfer bekundet. Außerdem habe sich gezeigt, dass das Projekt für die betreffende Zielgruppe momentan deutlich attraktiver sei als z.B. Stipendien.

Nunmehr gehe es darum zu entscheiden, ob die Aktion weitergeführt werde.

Die von Frau Scherwinski gezeigten Folien sind als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Sowohl die CDU- als auch die SPD-Fraktion sprechen sich ausdrücklich für eine Weiterführung des Praxismonats Allgemeinmedizin aus.

Vorsitzende Büscher weist darauf hin, dass es sich hier nur um eine Vorberatung handele und Kreisausschuss und Kreistag ebenfalls darüber zu beraten hätten. Die Sitzungsvorlage würde entsprechend mit den Informationen zur Beratungsfolge ergänzt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, der Durchführung des Praxismonats Allgemeinmedizin für Medizinstudenten im Frühjahr und im Herbst für die nächsten 3 Jahre (2014-2016) zuzustimmen und die Mittel in Höhe von 25.000,- € jährlich im Budget 04 zur Verfügung zu stellen. Haushalterisch ist Vorsorge dafür zu treffen, dass die geplante Maßnahme im März 2014 tatsächlich beginnen kann.

Punkt 2: Umsetzungsstand zum Handlungskonzept 2012: Menschen mit psychischen Erkrankungen im SGB II
Vorlage: 0267/2013

Berichterstatterin: Frau Wantia

Frau Wantia weist darauf hin, dass der vorliegende Sachstandsbericht in enger Zusammenarbeit der Fachbereiche 50 und 53 erstellt worden sei. Die ersten beiden Spalten der Darstellung zeigen die Handlungsempfehlungen und geplanten Umsetzungen des Handlungskonzeptes und die dritte Spalte stelle den aktuellen Umsetzungsstand dar. Das Handlungskonzept sei bereits zu einem sehr hohen Grad umgesetzt worden.

Ein besonderes Augenmerk sei auf die Handlungsempfehlung 11 „Errichtung eines Arbeitstrainings- und Zuverdienststandortes im mittleren Kreisgebiet“ zu richten. Bislang würden zwei solcher Einrichtungen im Kreis Borken bestehen: Dinkelwerkstatt in Gronau und Fähre e.V. in Rhede. Hinsichtlich einer dritten Einrichtung hätten sich für den Raum Ahaus die Berufsbildungsstätte Westmünsterland und Haus Hall bereit erklärt, gemeinsam im Trägerverbund ein solches Angebot aufzubauen.

Den für 2015 vorgesehenen Umsetzungsbericht habe man größtenteils insbesondere deshalb schon jetzt erstellt, damit in 2014 entsprechende Haushaltsmittel für die weitere Umsetzung eingeplant werden können.

Die von Frau Wantia gezeigten Folien sind als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Umsetzungsstand zum Handlungskonzept 2012 zur Kenntnis.

Die Umsetzung der Maßnahme Nr. 11 – Einrichtung eines dritten Standortes für Arbeitstraining/Zuverdienst mit einem geschätzten Kostenumfang von 30TEUR wird in die Beratungen zum Kreishaushalt 2014 einbezogen.

Punkt 3: Vorstellung des Handlungskonzepts 2013/2014: Kontakt-Freizeit-Tagesstruktur für Menschen mit psychischen Erkrankungen
Vorlage: 0268/2013

Berichterstatterin: Frau Wantia

Frau Wantia stellt das Handlungskonzept 2013/2014 Kontakt-Freizeit-Tagesstruktur für Menschen mit psychischen Erkrankungen vor. Gegenstand sei es, die vorhandenen Hilfestrukturen zu erfassen und darzustellen sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Das Konzept umfasse insgesamt 11 Handlungsempfehlungen, von denen 9 kostenneutral mit vorhandenen Ressourcen umzusetzen seien. Hinsichtlich der anderen beiden Handlungsempfehlungen, die sich auf die Einrichtung einer vierten Kontakt- und Beratungsstelle im Kreis Borken beziehen, habe man sich entschlossen, bereits jetzt das Handlungskonzept

zur inhaltlichen Beratung vorzulegen, damit für 2014 entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden können.

Bislang gebe es im Kreis Borken drei aus Kreismitteln geförderte Kontakt- und Beratungsstellen (KuB): die KuB InSel Gronau, die KuB Caritas Velen und die KuB InSel Rhede.

Darüber hinaus gebe es KuB-Angebote der SkF Bocholt e.V. in Bocholt und Isselburg.

Bereits in 2010 habe man die Notwendigkeit einer vierten Kontakt- und Beratungsstelle erkannt. Auf eine Kreisförderung habe man jedoch verzichtet, da die AWO Bocholt in Bocholt ohne kommunale Fördermittel eine KuB eingerichtet habe. Die KuB nahm ihre Arbeit März 2011 auf. Die Finanzierung stammte aus Stiftungsmitteln der *Aktion Mensch* und war auf drei Jahre befristet.

Entsprechend des Kreistagsbeschlusses vom 07.10.2010 werde die Versorgungssituation mit dem vorliegenden Handlungskonzept 2013/2014 neu analysiert, bewertet und das weitere Vorgehen empfohlen.

Die von Frau Wantia gezeigten Folien sind als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt.

Sowohl CDU-Fraktion und SPD-Fraktion begrüßen dieses Angebot ausdrücklich.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt das Handlungskonzept 2013 / 2014 zur Kenntnis.

Den in elf Punkten vorgeschlagenen strukturellen wie auch angebotsbezogenen Handlungsempfehlungen und den Umsetzungsvorschlägen wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, über die Einrichtung einer Kontakt- und Beratungsstelle im Raum Bocholt die dafür erforderlichen Vorbereitungen zu treffen und entsprechende Haushaltsmittel in den Kreishaushalt 2014 einzuplanen.

**Punkt 4: Erweitertes Angebot der Verbraucherzentrale NRW im Kreis Borken
- Ergebnis der Abfrage bei den Städten/Gemeinden im Kreis Borken
Vorlage: 0269/2013**

Berichterstatter: Herr Nießing

Herr Nießing fasst den Inhalt der Sitzungsvorlage zusammen. Nach dem Ergebnis der Nachfrage bei den kreisangehörigen Städten/Gemeinden sehe die Verwaltung keinen Anlass, das erweiterte Angebot der Verbraucherzentrale NRW anzunehmen.

Zu der Nachfrage des Herrn Huesmann, ob die heutige Entscheidung sich auch auf eine mögliche Errichtung einer zweiten Verbraucherzentrale im Kreis Borken ab 2015 auswirke, entgegnet Herr Dr. Hörster, dass es sich dabei um einen gänzlich anderen Sachverhalt handle, der dann neu zu beraten sei. Frau Lindenhahn gibt dazu zu bedenken, dass an dem Standort der zweiten Verbraucherzentrale die gleichen Fördermodalitäten gelten würden wie in Gronau.

Frau Lindenhahn fragt nach, inwiefern die Räte bei den Stellungnahmen einbezogen worden seien. Hierzu erklärt Herr Nießing, dass lediglich in Bezug auf die Stadt Bocholt bekannt sei,

dass dort eine Beschlussfassung aus 2008 vorliege, sich nicht um die Zulassung für eine Verbraucherberatung zu bewerben.

Zu der Aufstockung der hälftigen Bürokräftstelle habe keine Stadt/Gemeinde eine spezielle Aussage gemacht.

Frau Lindenhahn stellt daraufhin für die SPD-Fraktion den Antrag, den Aufbau einer zusätzlichen 0,5 Bürokräftstelle bei der Verbraucherberatungsstelle in Gronau mit 50% der entstehenden Kosten zumindest für 3 Jahre zu bezuschussen und entsprechende Mittel für das Jahr 2014 zur Verfügung zu stellen.

Herr Wethmar erklärt für die UWG-Fraktion, dass man insbesondere im Hinblick auf die Entwicklungen auf dem Geldmarkt und den Aspekt der Altersvorsorge die Erforderlichkeit einer unabhängigen Verbraucherberatung sehe.

Frau Pohl bekundet, dass die CDU-Fraktion von dem Umfrageergebnis enttäuscht sei. Sie werde jedoch dem Vorschlag der Verwaltung folgen, da die Verbraucherzentrale lediglich eine institutionelle Förderung und keine Projektförderung akzeptiere und darüber Anfragen in Gronau von Nicht-Gronauern überwiegend aus den Nachbarkommunen stammen würden. Im Hinblick auf den Südkreis könne der Kreis Borken somit keine Ausgleichsfunktion übernehmen.

Vorsitzende Büscher lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. (Da durch den Beschluss Haushaltsmittel betroffen sind, handelt es sich um eine Vorabstimmung.)

Beschluss:

- 8 Ja-Stimmen
- 6 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag, den Aufbau einer zusätzlichen 0,5 Bürokräftstelle bei der Verbraucherberatungsstelle in Gronau mit 50% der entstehenden Kosten zumindest für 3 Jahre zu bezuschussen und entsprechende Mittel für das Jahr 2014 zur Verfügung zu stellen.

Anschließend lässt Vorsitzende Büscher über den Beschlussentwurf der Sitzungsvorlage Nr. 0266/2013 unter Berücksichtigung des zuvor getroffenen Beschlusses abstimmen.

Beschluss:

- 6 Ja-Stimmen
- 6 Nein-Stimmen
- 3 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit lehnt den Beschlussvorschlag der Verwaltung, das erweiterte Angebot der Verbraucherzentrale NRW bezüglich der Erweiterung ihres Angebotes durch die Aufstockung um eine 0,5 Beratungskraftstelle bei entsprechender Finanzierung durch den Kreis Borken abzulehnen, ab. (Damit gilt das erweiterte Angebot der Verbraucherzentrale NRW nicht als angenommen!)

Punkt 5: Einsatz von schulischen Integrationskräften für behinderte und von Behinderung bedrohte Schülerinnen und Schülern
Vorlage: 0270/2013

Berichterstatter: Herr Nießing

Herr Nießing erinnert daran, dass in der letzten Sitzung im Zusammenhang mit der Beratung des 1. Controllingberichtes 2013 die Aufbereitung des Themas „Integrationshelfer“ erbeten worden sei. Ergebnis sei diese Sitzungsvorlage.

Problematisch sei die Abgrenzung der Aufgaben von Schulträger, Sozialhilfe- und Jugendhilfeträger.

Die Qualifikation des einzelnen Integrationshelfer sei abhängig vom Bedarf des zu betreuenden Kindes.

Die voraussichtlichen Kosten für die Integrationshelfer im Sozialhilfebereich in 2013 seien dem 2. Controllingbericht 2013 (TOP 6) zu entnehmen. Es sei jedoch in der Zukunft mit weiter ansteigenden Zahlen zu rechnen, was sich durch die hohe Zahl der benötigten Integrationshelfer im Bereich der Grundschulen abzeichne.

Herr Dr. Hörster ergänzt hierzu, dass im Jugendhilfeausschuss in dessen Sitzung am 19.11.2013 ein Pendant zu der vorliegenden Sitzungsvorlage für den Bereich der seelisch behinderten Kinder vorgelegt worden sei. Das Thema werde im Rahmen der kommunalen Inklusionsplanung weiter verfolgt. Der Kreis Borken sei intensiv bestrebt, gangbare Wege auszuloten. Der Ausschuss werde über dieses Thema auf dem Laufenden gehalten.

Auf Nachfrage vom Mitglied Huesmann wird verdeutlicht, dass Poollösungen nur im Einvernehmen aller Betroffenen möglich seien, da gesetzlich ein Individualanspruch verankert sei. Man würde sie jedoch, wo sie möglich seien, anbieten. Zu berücksichtigen sei stets die Schullebenswirklichkeit.

Hinsichtlich der Vergütung der Integrationshelfer komme es auf die von ihnen zu erledigenden Aufgaben und die dafür benötigte Qualifikation an.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den Bericht über den Einsatz von schulischen Integrationskräften für behinderte und von Behinderung bedrohte Schülerinnen und Schüler zur Kenntnis.

Punkt 6: 2. Controllingbericht 2013 für die Fachbereiche 50 - Soziales - und 53 - Gesundheit
Vorlage: 0271/2013

Berichterstatter: Herr Nießing
Frau Scherwinski

Herr Nießing erläutert die einzelnen Planabweichungen im Budget 01 – Soziales - zum Zeitpunkt 30.09.2013 gegenüber den Ergebnissen des 1. Controllingberichtes 2013. In diesem Zusammenhang weist er insbesondere auf die bestehenden Unwägbarkeiten (Revision 2012, Spitzabrechnung auf Landesebene) bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe hin.

Frau Scherwinski erklärt, dass sich im Budget 04 – Gesundheit – keine wesentlichen Änderungen ergeben haben.

Vorsitzende Büscher lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt den 2. Controllingbericht zum 30.09.2013 zur Kenntnis.

Punkt 7: Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2014
Vorlage: 0272/2013

Berichterstatter: Herr Nießing

Vorsitzende Büscher weist darauf hin, dass sich der erste Sitzungstermin gegenüber bisherigen Planungen vom 23.01.2014 auf den 05.02.2014 verschoben habe. Sie lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 8.1: Antrag der Aidshilfe auf erhöhte Zuschussleistungen ab 2014

Herr Dr. Hörster informiert im Hinblick auf die Vorbereitung der Haushaltsberatungen 2014 darüber, dass die Aidshilfe Westmünsterland e.V. beim Kreis Borken einen Antrag auf erhöhte Zuwendungen gestellt habe.

Bei der Haushaltsberatung 2013 habe man den bisherigen Ansatz von 20.000,00 € einmalig um 5.000,00 € erhöht. In diesem Zusammenhang sollte sich die Aidshilfe um eine intensivere fachliche Abstimmung mit der Kreisverwaltung (Aidskoordination) über Schwerpunkte der sozialpädagogischen Arbeit und die Darstellung der defizitären Finanzsituation bemühen.

Dieses sei in den Quartalsgesprächen erfolgt. Die Finanzsituation der Aidshilfe bedinge, dass schon auf Rücklagen zurückgegriffen werde.

Herr Dr. Hörster schlägt vor, den Antrag der Aidshilfe, die Zuwendungen ab 2014 auf jährlich 25.000,00 € zu erhöhen, in die Haushaltsberatungen aufzunehmen, ohne dass eine Fraktion sich diesen zu Eigen machen müsse.

Herr Dr. Hörster stellt in Aussicht, entsprechende Informationen zu den Haushaltsberatungen 2014 aufzubereiten.

Punkt 8.2: Untersuchung zur Krebshäufigkeit in Isselburg

Herr Dr. Ettliger berichtet darüber, dass er sich anlässlich einer Anfrage besorgter Isselburger Bürger mit der Krebshäufigkeit in Isselburg auseinander gesetzt habe. Diesbezüglich gebe es ein Verfahren über die Zusammenarbeit mit dem Epidemiologischen Krebsregister.

Die von ihm vorgetragenen Ergebnisse sind als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 8.3: Impfsituation im Kreis Borken

Zum Thema „Impfen“ erklärt Herr Dr. Ettliger, dass im Kreis Borken seit 2006 Impfkampagnen stattfinden würden, in deren Zusammenhang die Impfausweise bei der Einschulung und bei Siebtklässlern überprüft würden. Seit 2009 erfolge der Impfausweis-Check im Rahmen von Schulklassenwettbewerben in den siebten Jahrgängen.

Im Kreis Borken bestehe ein Durchimpfungsgrad von über 90%, was einer guten Seuchenbarriere entspreche.

Nur bei Polio und Keuchhusten gebe es kleine Einbrüche, weswegen man mit den Kinder- und Hausärzten in Kontakt trete.

Herr Dr. Ettliger weist auf den ausgeteilten Impfkalender des Fachbereiches Gesundheit in der Größe eines Personalausweises hin, der Impfempfehlungen für alle entsprechenden Altersstufen ausweist.

Punkt 8.4: Sachstand SGB II

Herr Nießing weist auf folgende positive Entwicklungen im SGB II-Bereich hin:

- Die Zahl der Bedarfsgemeinschaft im SGB II ist im Kreis Borken aktuell auf 7.793 gesunken.
- Auch die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Kreis Borken hat sich weiter reduziert.
- Der Bestand an Langzeitleistungsbeziehern hat sich im Kreis Borken zum 30.06.2013 gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % reduziert.

- Der Kreis Borken liegt sowohl beim Ranking unter den Münsterlandkreisen als unter den Referenzkommunen in NRW im vorderen Bereich.

Punkt 9: Anfragen

Keine

Vorsitzende Büscher schließt die Sitzung um 18.50 Uhr und wünscht allen Anwesenden eine schöne Adventszeit und alles Gute bis zum nächsten Jahr.

Gez.

Gez.

Barbara Büscher
Vorsitzende

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer